

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Marx-Kabinett.

Ueber die Zusammensetzung des kommenden Kabinetts Marx, das im Laufe des Nachmittags endgültig zustande kommen dürfte, wurde in der Mittagsstunde folgendes mitgeteilt: Das Außenministerium wird Stresemann beibehalten. Auf ihren Posten werden verbleiben: Luther als Finanzminister, Gehler als Reichswehrminister, Brauns als Arbeitsminister und Hoefle als Postminister, der außerdem noch die Verwaltung des Ministeriums für die besetzten Gebiete übernehmen soll. Vizekanzler wird Jarres werden, voraussichtlich ohne Portefeuille. Das Innere wird wahrscheinlich der bayerische Demokrat Hamm übernehmen. Reichsverkehrsminister wird der Direktor der Deutschen Werke, Gentich.

Ueber die Besetzung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde mit dem Deutschnationalen Schiele verhandelt, der persönlich zur Annahme des Amtes geneigt wäre, aber unter dem Druck seiner Partei von der Annahme des Amtes Abstand nehmen mußte. Infolgedessen dürfte auch die Bayerische Volkspartei sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen. Sie hat gewisse Bedingungen gestellt, über die gegenwärtig noch verhandelt wird. Ob der bayerische Staatsanwalt Abg. Emminger unter diesen Umständen das Justizministerium übernehmen kann, wie beabsichtigt war, ist fraglich. Wir würden diese Herren auf jeden Fall für eine sehr schwere Belastung des Kabinetts halten.

Enttäuschung bei den Deutschnationalen.

Weil Severings Kopf nicht geopfert wurde.
In dem Augenblick, wo die Möglichkeit sich öffnet, daß eine bürgerliche Regierung auch ohne die Deutschnationalen zustande kommt, entläßt sich der ganze Zorn der Enttäuschten in Bekennnissen schöner Seelen. Die heutigen Morgenausgaben der Berliner Rechtsblätter übertreffen sich in Ausfällen gegen die bürgerliche Mitte, weil sie nicht auf die deutschnationalen Forderungen eingegangen ist und neben der Regierungskrise im Reich auch noch eine solche in Preußen herbeiführen wollte. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Meinung, der auf die Bildung eines Minderheitskabinetts verwandte Eifer müsse „unwillkürlich komisch“ wirken, spricht von einer „Verteufelungsregierung“ und hofft, daß die „Unmöglichkeit“, die bereits in der Entstehung und Zusammenfassung der Regierung liegen, möglichst bald so klar in Erscheinung treten, daß der Weg für einen dem Volkswillen entsprechenden Reichstag freigemacht wird, ehe noch mehr Unheil geschieht.

Die „Kreuz-Zeitung“ schimpft auf die Mittelparteien: „Der staatsmännliche Anlauf, den sie genommen hatten, stockte kurz vor dem Sprung. Sie mochten nicht, auch jetzt nicht, zu tun, was die Nation von ihnen forderte und — retteten die Sozialdemokratie zum leichtesten Male vor den Verlust der ihr teuer gewordenen Position, ohne die ihre Ohnmacht nur zu offenbar geworden wäre, und ihr Einfluß die Korrektur durch ihre wahre Rechtsstellung gefunden hätte. Der Bürgerblock scheiterte dank dem Verhalten der Demokraten, die gestern nachmittags schon mit den Sozialdemokraten konspikierten und sich die Verhöhnungsmahrgänge geben ließen. Die konnten aber nur darauf hinauslaufen: Rettet uns Severing!“

Ganz wie die „Deutsche Tageszeitung“ lehnt auch die „Kreuz-Zeitung“ entrüstet den Gedanken ab, daß etwa der deutschnationalen Abgeordnete Schiele auf das Ersuchen von Dr. Marx einginge und als Ernährungsminister in sein Kabinett eintrete. Die Ernährungsministerien und damit geordnete Verhältnisse anzubahnen, daran haben die Deutschnationalen augenscheinlich sehr wenig Interesse. Ihnen kommt es hauptsächlich auf die sogenannte „Futterkrippe“ in Preußen an, sie wollen alle Regierungs-, Vandrats- und Amtsvorsteherstellen wiederhaben, die ihnen einstmals ihren organisatorischen Rückhalt boten. Sie können sich nicht denken, daß die Sozialdemokratie, die schon vor dem Kriege fast ein Drittel des Reichstags besetzte, ohne in Preußen auch nur einen einzigen Parteigenossen als Nachwächter, geschweige gar als Amtsvorsteher oder Vandratsverzeichner zu können, auch ohne diese Kemter eine starke Partei bleiben könnte. Nur weil sie selbst die Futterkrippenwirtschaft bis ins Extrem getrieben haben, glauben die Deutschnationalen, wäre auch die Sozialdemokratie in der gleichen Art mit den Kemtern verbunden. Deshalb ihr Sturm auf gegen Severing, dessen glückliches, energisches und voll auf verfassungsmäßiges Vorgehen gegen die reaktionären Bestrebungen ihnen ein besonderer Dorn im Auge ist.

Was bei den genannten deutschnationalen Blättern nur angedeutet wird, drückt die „Deutsche Zeitung“ in klobiger Offenherzigkeit aus. Die immer, wenn diesen Vätern des Nationalgefühls etwas gegen den Strich geht, verdächtigen sie die nationale Zuverlässigkeit der anderen. Jetzt muß auch Dr. Marx daran glauben. Ihm werden separatistische Gefühle imputiert, damit er gleich von vornherein in den Augen der Deutschnationalen gekennzeichnet ist. Dann aber wird Marx bei seinem christlichen Gewissen gepakt:

„Diesmal wird der „christliche“ Herr Marx das schwere Opfer für die höchst unchristliche Sozialdemokratie bringen, und seine un dankbare Aufgabe wird darin bestehen, Herrn Ebert und dessen Partei vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Da es den Deutschnationalen nicht gelungen ist, ein neues preussisches Kabinett zu erzwingen, ist Herr Ebert keineswegs geneigt, die kommenden Reichstagswahlen unbedingt unter einem sozialdemokratischen Kanzler vornehmen zu lassen. Genosse Severing wird schon

dafür sorgen, daß in Preußen alles nach Wunsch geht und Preußen gibt, da Sachsen und Thüringen sicher sind, nahezu den Ausschlag. Wählig kann man heute ohne Ueberdrehung von einem vollen Augenblicksieg der Sozialdemokratie reden ...“

Aber trotz dessen — so kündigt die „Deutsche Zeitung“ wie Kassandra an — würden die kommenden Wahlen „trotz Druck und Walsmache der Regierung“ über all die bisherigen Regierungsparteien ein vernichtendes Urteil fällen: „Wir denken dabei nicht nur an die Sozialdemokratische Partei, deren politische und wirtschaftliche Sünden zum Himmel schreien, und nicht nur an ihre Vorfrucht, die gänzlich von Juden abhängige Demokratische Partei, sondern auch an das Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Die Mauern der Zentrumsfeste sind sehr dick und stark. Unüberwindlich sind sie aber nicht.“

Um den geringsten Zweifel an ihrer „Bohlanständigkeit“ zu beseitigen, versichert die „Deutsche Zeitung“ noch, das Zentrum reite den Genossen Severing lediglich „um der Abgeordnetendiäten und der paar Regierungstellen willen!“ Stresemann wird als ein „unfähiger und unzuverlässiger Herr“ bezeichnet, aber das Festhalten an ihm der Deutschen Volkspartei eher verziehen, als ihr Verlagen gegen Severing.

Diese Entrüstung über die „ganz vom Judentum abhängige“ Demokratische Partei, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei ist danach außerordentlich groß. Sie würde aber weniger gemacht erscheinen, wenn nicht eben noch diese entrüsteten Deutschnationalen bereit gewesen wären, mit den jetzt in Sauch und Bogen vertriebenen Mittelparteien, selbst mit Stresemann und Marx, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Deh! Klingt ihr Scheitern zu sehr nach den Klagen des Fuchses über die Trauben, die zu hoch hingen.

Vor dem englisch-französischen Kompromiß.

Paris, 30. November. (W.B.) Der offiziellen Sitzung der Reparationskommission, die heute nachmittags um 3 Uhr stattfindet und in der einzig und allein die Frage der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsverpflichtung besprochen werden soll, wird nach dem „Echo de Paris“ heute vormittag zwischen Barthou und Bradbury eine Besprechung vorausgehen. Wenn danach ein Kompromiß möglich erscheint, werde man auf französischer Seite Anstrengungen machen, die beiden Theilen miteinander auszugleichen, eine entsprechende Formel schneide auf französischer Seite bereits vorbereitet zu sein. Man werde einfach die Erennung eines Sachverständigenausschusses feststellen und nicht mehr auf die Beschränkung seiner Kompetenzen auf Grund des Verfalls der Verträge zurückkommen, d. h. man werde stillschweigendes Uebereinkommen über die Vollmacht des Sachverständigenausschusses als gegeben annehmen. Wenn aber ein Kompromiß heute vormittag nicht als durchführbar angesehen werden sollte, werde man die Debatte vertagen. Nach dem „Matin“ habe die englische Regierung nicht die Absicht, heikle Diskussionen vor den Wahlen hervorzurufen.

Eine kommunistische Fälschung.

Ein großes Kulturkartell einer sogenannten Schutzhilfskommission Deutscher Intellektueller beruft für heute abend eine Versammlung ein. Unter den diesem Kulturkartell angeblich angeschlossenen Organisationen befinden sich der Bund technischer Angestellter und Beamter, die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, der Schutzhilfsverband Deutscher Schriftsteller usw. Wie uns von diesen Organisationen mitgeteilt wird, handelt es sich um einen Mißbrauch, den die KPD. mit den Namen dieser Organisationen, und zwar nicht zum ersten Male, treibt. Diese Organisationen gehören weder dem Kartell an, noch haben sie irgend etwas mit der Versammlung heute abend zu tun.

Devisenkurse unverändert.

Heute gab der Börse eine seit langer Zeit nicht mehr beobachtete Geldflüssigkeit das Gepräge. Die starken Positionslösungen an der vorgestrigen Börse sowie die seit einigen Tagen zu beobachtenden erheblichen Verkäufe von Devisen und des Abstoßens von bedeutenden Warenbeständen im Großhandel haben wesentlich dazu beigetragen, die bisherige Geldknappheit aufzuheben. Darüber hinaus macht sich im Zusammenhang mit der Besserung des Marktkurses an den Auslandsbörsen seit einigen Tagen eine starke Einschränkung sowohl der Hamsterkäufe am Warenmarkt als auch der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln an den Börsen bemerkbar.

Selbst erstirrt wurden die gestrigen Ausführungen des Vizepräsidenten der Reichsbank über die Maßnahmen zur Stabilisierung des Marktkurses. Da heute aus dem Auslande Marktkurse gemeldet wurden, die zum Teil auf der Höhe der Berliner amtlichen Devisennotierungen lagen, wurde bereits die Frage erörtert, ob die Reichsbank gegebenenfalls eine Herabsetzung der Devisenkurse vornehmen würde. Man ist jedoch in Finanzkreisen der Meinung, daß eine solche Maßnahme im jetzigen Moment ganz ausgeschlossen sei, da eine Herabsetzung des Dollarkurses auch ein Fallen der Rentenmark bedeuten würde, wodurch die Einführung dieses Zahlungsmittels in den Verkehr so gut wie unmöglich gemacht werden könnte. Man nimmt an, daß, falls keine vorhergesehenen Ereignisse politischer Art eintreten, die jetzt erreichten Devisenkurse sich geruhsam Zeit halten werden. Heute werden die Devisenkurse unverändert notiert bei einer Zuteilung von 1 Proz.

Die englischen Wahlen.

Das Hauptmerkmal des letzten englischen Wahlsieges im November v. J. war die Tatsache, daß damals die Liberalen gespalten den Kampf führten. Die „Nationalen Liberalen“ unter Führung von Lloyd George und die „Unabhängigen Liberalen“ unter Führung von Asquith bekämpften sich wechselseitig mit der größten Erbitterung und stellten in zahlreichen Wahlkreisen ihre besonderen Kandidaten auf. So kam es, daß in zahlreichen Bezirken vier verschiedene Richtungen um ein Mandat rangen: die Konservativen, die Arbeiterpartei und die beiden liberalen Flügel. Das unabwehrbare Ergebnis dieser Zerrissenheit war eine vernichtende Niederlage der Liberalen zugunsten ihrer Gegner von rechts und von links. Zweifellos hat die Arbeiterpartei manchen eroberten Sitz diesem Umstand zu verdanken. Aber den allergrößten Vorteil zogen aus der liberalen Spaltung die Konservativen, die begünstigt durch ein unlogisches, ungerechtes und längst überholtes Wahlsystem etwa achtzig Mandate über die absolute Mehrheit im Parlament erlangten, obwohl sie nur knapp ein Drittel der Gesamtstimmzahl im Lande erzielt hatten.

Die liberale Spaltung entsprach indessen keineswegs einem unüberbrückbaren politischen Gegensatz, sondern weit mehr der persönlichen Rivalität zwischen den beiden Führern Lloyd George und Asquith. Asquith war während des Krieges von Lloyd George in recht hinterlistiger Weise an die Wand gedrückt und aus der Regierung ausgeschifft worden und empfand seitdem einen tiefen und durchaus verständigen Groll gegen seinen Nachfolger im Amte. Nachdem nun auch Lloyd George von den Konservativen gestürzt worden war, hatte dieser versucht, sich Asquith wieder zu nähern, aber die langjährige Erbitterung der unabhängigen Liberalen gegen Lloyd George konnte nicht innerhalb weniger Tage überwunden werden, und so war man gespalten in den Wahlkampf eingetreten.

Als nun die Liberalen nach den Wahlen erkannten, wie unheilvoll die Spaltung sich für sie ausgewirkt hatte, wurde der Ruf nach Einigung in den beiden Flügeln ihres Lagers immer lauter. In den letzten Monaten machte die Veröhnung immer größere Fortschritte im ganzen Lande, und da die beiden Gruppen in den meisten Fällen im Unterhaus geschlossen gegen die Konservativen vorgehen, konnten sich auch die beiden Führer dieser elementaren Bewegung des liberalen Bürgertums nicht weiter verschließen. Noch im Frühjahr war Lloyd George, außer in seinem eigenen Lager, recht unpopulär. Seine überaus erfolgreiche Reise nach Amerika im Oktober verschaffte ihm jedoch plötzlich wieder ein ungeheures Prestige, und es wäre von Asquith überaus unvorsichtig gewesen, wenn er sich weiter dagegen gesträubt hätte, in die ihm zur Veröhnung gereichte Hand Lloyd Georges einzuschlagen. Als schließlich der Ministerpräsident Baldwin Neuwahlen unter der Parole der Befestigung des Freihandels, also des traditionellen Wertes aller Liberalen, verlangte und das Parlament auflöste, war die Wiedervereinigung der Liberalen eine Selbstverständlichkeit. Diese Veröhnung ist übrigens sehr glatt vonstatten gegangen; es wurde ein gemeinsames „Hauptquartier“ gebildet, und nur in zwei von den vielen hunderten Wahlkreisen ist es nicht gelungen, eine einheitliche liberale Kandidatur aufzustellen. Am vorigen Sonnabend ist die Verbrüderung besonders feierlich in einer Versammlung im schottischen Wahlkreis Paisley, in dem Asquith schon das sechste Mal mit knapper Mehrheit gewählt worden ist, gefeiert worden: Dort traten gleichzeitig Lloyd George und Asquith auf, reichelten sich unter freundschaftlichem Jubel und Tränen der Rührung die Hände und lobten sich gegenseitig über den grünen Alee.

Das Merkwürdige an den jetzigen Wahlen ist aber, daß, während diesmal die Liberalen wieder geschlossen auftraten, die Konservativen innerlich gespalten sind. Wohl ist organisatorisch die Einheit der konservativen Partei gewahrt worden; konservative Kandidaten bekämpften sich nicht gegenseitig, und nach außen hin stellen sie sich geschlossen hinter Baldwin. Um so mehr aber sind sie politisch zerrissen, namentlich in der Hauptfrage dieses Wahlkampfes: Schutzoll oder Freihandel? Im Gegensatz zu Baldwin, der sich rückhaltlos für den Protektionismus eingesetzt hat, sind innerhalb der konservativen Partei starke Kräfte am Werke, die sich teils heimlich, teils offen zum Freihandel bekennen. Diese Tatsache wird von den liberalen Gegnern der Regierungspartei eifrig ausgeschlachtet und bedeutet eine schwere Benachteiligung der konservativen Propaganda. Lehten Endes ist der Kampf zwischen Protektionisten und Freihändlern nicht eine Frage der politischen Ueberzeugung, sondern des persönlichen Interesses. Die meisten Industriellen fühlen sich durch die Konkurrenz der Länder mit schlechter Währung bedroht und fordern Schutzölle, wobei sie behaupten, daß nur diese eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ermöglichen würden. Die Handelskreise dagegen sowie z. B. auch die Schiffsfahrtsinteressenten, die auf freien Import und Export angewiesen sind, behaupten hingegen, der Protektionismus würde Englands Ruin herbeiführen und die Arbeitslosenfrage in wichtigen Zweigen der englischen Wirtschaft erst recht verschlimmern. Da nun auch viele konservative Exponenten der Handels- und Schiffsfahrtsinteressen sind, bekennen sie sich im Gegensatz zu ihrer Parteileitung und ihrem Ministerpräsidenten zum Freihandel oder, wie es bereits an vielen Stellen geschehen ist, empfehlen sie sogar die Wahl der liberalen Kandidaten!

Wie steht es nun mit der Arbeiterpartei? Die Vermutung liegt nahe, daß der plötzliche, überstürzte Beschluß der Regierung, das Parlament aufzulösen und Wahlen binnen drei Wochen stattfinden zu lassen, der Absicht entspricht, die finanziell geschwächte Arbeiterpartei zu überempeln und somit ihren gefährlichen Vormarsch auf längere Zeit zu hemmen. Allgemeine Wahlen erfordern besonders in England ungeheure Geldsummen. Die Klassen der Gewerkschaften sind durch die Arbeitslosenunterstützungen arg mitgenommen, eine eigentliche Arbeiterpresse gibt es nicht, mit Ausnahme des Londoner „Daily Herald“, über deren weitere finanzielle Unterstützung durch die Arbeiterpartei alle sechs Monate viel gestritten wird, weil viele Organisationen erklären, das ständige Defizit dieses Organs nicht länger tragen zu können. Erst vor kurzem hatte die Arbeiterpartei eine starke, übrigens gut belohnte finanzielle Anstrengung bei den Gemeindevahlen unternommen, so daß die Konservativen wohl hoffen durften, daß die Sozialisten die materielle Belastung eines überraschenden Wahlkampfes nicht würden ertragen können.

Indessen hat die Arbeiterpartei eine Lebensfähigkeit auch nach dieser Richtung bewiesen, die ihre eigenen Anhänger nicht vermutet hätten. Die finanzielle Stärke einer Partei kommt in England in der Zahl der aufgestellten Kandidaten zum Ausdruck. Es hatte bereits im letzten Jahre übersehen, daß die Arbeiterpartei die Mittel aufbringen konnte, um etwa 400 Mandate zu verfechten. Diesmal ist es ihr sogar gelungen, trotz der oben geschilderten Schwierigkeiten diese Zahl zu überbieten, und am 26. November, dem Tage, wo die letzten Kandidaten aufgestellt werden sollten, hatte die Arbeiterpartei 434 Namen angemeldet, nur 20 weniger als die viel wohlhabenderen vereinigten Liberalen und etwa 100 weniger als die Konservativen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal dieser Wahlen ist die große Rolle, die im Gegensatz zu den früheren Volksbefragungen die auswärtige Politik, insbesondere die Reparationsfrage in den jetzigen Kämpfen spielt. Man hat im englischen Volke endlich den Zusammenhang zwischen der eigenen Arbeitslosigkeit und dem Versailleser Gewaltfrieden zu erkennen begonnen. Noch im vorigen Jahre wurde dieser Zusammenhang allein von der Arbeiterpartei hervorgehoben, von den meisten Konservativen hingegen bestritten. Heute, nach den Erfahrungen der französischen Ruhepolitik können sich auch die meisten Konservativen dieser Erkenntnis nicht länger verschließen. Allerdings ist der nationalistiche Flügel der Konservativen, der im Kabinett durch Männer wie Lord Derby, Johnson Hicks und Sir Ronald Mac Kell vertreten ist, dennoch entschlossen, mit Frankreich durch die und dann zu gehen, im Gegensatz zu Baldwin und Curzon, die den endgültigen Bruch mit Frankreich ernstlich erwägen. Also auch in dieser Kardinalfrage sind die Konservativen innerlich gespalten.

Ueber die Aussichten der einzelnen Parteien irgendwelche Prophezeiungen zu machen, ist in England ganz besonders schwer, weil das dortige Wahlsystem für und für jedem Zufall öffnet. Die bürgerlichen Wähler Englands sagen im allgemeinen einen nicht unerheblichen Zuwachs der Liberalen auf Kosten sowohl der Konservativen wie auch der Arbeiterpartei voraus. Die Arbeiterpartei dagegen äußert sich sehr zuversichtlich, obwohl sie neuerdings behauptet, daß der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll in Wirklichkeit nur ein Scheinkampf sei, und daß es beiden bürgerlichen Parteien vor allem darauf ankomme, einen sozialistischen Sieg zu verhindern. Der „Daily Herald“ wußte am Montag von einem „ersten und letzten Komplott“ zu berichten, wonach unter den Pittischen des Lord Rothermere, des Herausgebers des „Daily Mail“ und der anderen ehemaligen Northcliffe-Blätter, ein Teil der Konservativen sich bereits mit Lord George dahin verständigt hätte, daß Baldwin nach den Wahlen beiseite und durch eine liberal-konservative Koalition unter Lord Georges Führung mit geschlossener Front gegen die Arbeiterpartei erlegt werden sollte. Tatsächlich hat Lord Rothermere am Sonntag im „Sunday Pictorial“ einen sensationellen Artikel veröffentlicht, in dem er ausführt,

er sei zwar im Prinzip Anhänger des Schutzzolls, aber er trete dafür ein, daß man dem Freihandel „noch ein oder zwei Jahre seine Chance gebe“. Auch ist es richtig, daß ein Teil der sonst konservativen Blätter, namentlich der ehemalige Northcliffe-Konzern, auf Baldwin nicht gut zu sprechen ist. Der „Daily Herald“ wußte seine Enthüllungen mit allerhand Einzelheiten über geheime Besprechungen zwischen Lord George und Chamberlain zu specken und ihnen damit zumindest den Schein der Wahrscheinlichkeit zu verleihen.

Trotzdem dürften die Schlussfolgerungen, die das Arbeiterblatt aus diesen Indizien zieht, wonach der Kampf zwischen Konservativen und Liberalen nur eine Komödie sei, viel zu weit gehen. Es ist durchaus möglich, daß der schlaue Walliser Fruchts Besprechungen mit seinen früheren konservativen Koalitionsfreunden über kommende Eventualitäten und Kombinationen gepflogen hat. Daß aber die Liberalen eher noch für eine Koalitionsregierung mit der Arbeiterpartei zu haben wären als für ein Zusammengehen mit den Konservativen, darf man wohl nach der Entwicklung der Dinge im letzten Jahre annehmen. Tatsächlich haben in vielen Kreisen Liberale zugunsten des Arbeiterparteilers auf eine Kandidatur verzichtet und auch umgekehrt. Dieser Umstand spricht nicht gerade für ein abgekartetes Spiel zwischen Liberalen und Konservativen. Ob indessen die Arbeiterpartei überhaupt eine Koalition mit Liberalen eingehen würde, ist noch sehr fraglich. Auch in der englischen Arbeiterpartei ist die Koalitionsfrage stark umstritten. Aber alles Rätselraten darüber vor Bekanntwerden der Wahlergebnisse ist müßig. Einseitigen muß man sich damit begnügen, die Hoffnung auszusprechen, daß unsere englischen Freunde ihren wunderbaren Vormarsch vom vorigen Jahre fortsetzen werden, und daß es ihnen gelingen wird, den heimtückischen Zufällen des lotterietartigen englischen Wahlsystems zu entgehen.

Opferbereitschaft.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe bereits mitgeteilt haben, ist gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und des Zechenverbandes ein Abkommen getroffen worden, wonach die Arbeiter unter Tage, sowie die bei der Förderung direkt beteiligten Arbeiter über Tage eine Stunde Mehrarbeit leisten. Es ist weiter vorgeesehen, daß ein ähnliches Abkommen für die übrige Arbeiterschaft im Bergbau in Verbindung mit der Großindustrie demnächst getroffen wird.

Die Bergarbeiter haben damit — und nicht zum erstenmal — bewiesen, daß sie unter Zurückstellung aller Bedenken und selbst auf Kosten ihrer Gesundheit bereit sind, dem Gemeinwohl ein schweres Opfer zu bringen.

Wir werden sehen, wie sich die Schwerindustrie selbst, wie sich die Landwirtschaft und alle Schwerkraftler zu diesem Beispiel der Schwerarbeiter stellen werden. Diese Kreise haben bisher immer verlangt, daß die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Bergarbeiter, zur Hebung der Wirtschaft überarbeitet leisten sollen. Sie haben betont, daß sie nur dann „Opfer“ zu bringen bereit seien, wenn die Wirtschaft durch Mehrarbeit wieder in Gang gebracht werde.

Die Arbeiterschaft hat jetzt das Beispiel ihrer Opferbereitschaft gegeben. Wenn die deutsche Währung und mit ihr die Wirtschaft überhaupt wieder gesund sein soll, dann muß der Staatshaushalt ohne Verzug ins Gleichgewicht gebracht werden. Vorbedingung aber ist, daß der Steuerdruckbergerei des Besitzes ein Ende bereitet wird. Dieses Opfer wird den Besitzenden keinen Schweißtropfen und keine Mehrarbeit kosten. Also heron an den Altar des Vaterlandes!

Neuwahlen in Braunschweig!

Braunschweig, 30. November. (WZ.) Die bürgerlichen Parteien haben im braunschweigischen Landtag den Antrag gestellt: 1. Die Zahl der Abgeordneten auf 30 herabzusetzen, 2. den gegenwärtigen Landtag am 19. Januar 1924 aufzulösen und Neuwahlen für den 30. Januar 1924 anzusetzen, 3. die Zahl der Minister auf höchstens drei zu begrenzen.

heuchlerisch eine traurige Mieme auf und erfindet die „schlechte Valuta“.

Hast du aber einmal dein Monatsgehalt empfangen, dann gibst mit einem Schlag keine schlechte Valuta mehr. Dann kennt man allerorten nur mehr die gute.

Die erste Chloroformierung.

Das Chloroform ist seit 1831 bekannt, in welchem Jahre es gleichzeitig von Liebig und Soubeiran entdeckt wurde; vier Jahre später wurde seine chemische Zusammensetzung von dem französischen Chemiker Dumas bestimmt. Zum erstenmal wurde es als Betäubungsmittel für Menschen von dem berühmten Frauenarzt und Geburtshelfer James Simpson in Edinburgh benutzt. Simpson hatte bei Entbindungen die Weiberbetäubung benutzt, war aber nicht damit zufrieden, besonders weil sie zu langsam wirkte. Er erprobte nun an sich und seinen Assistenten verschiedene andere Mittel, die er in der Apotheke erhielt. Die Versuche fanden spät abends oder nachts statt, wenn Simpons große Praxis ihm Zeit ließ.

Nach mehreren Versuchen mit anderen Flüssigkeiten fand Simpson eines abends spät, am 4. November 1847, fast zufällig, eine kleine Flasche mit Chloroform, die er früher beiseite gestellt hatte, da er sich nicht denken konnte, daß ein dickflüssiger Stoff zum Einatmen verwendet werden könnte. Aber nun wollte er es doch versuchen; die Flüssigkeit wurde in einige kleine Gläser zwischen Simpson selbst und seine Assistenten verteilt, und die Einatmung begann. Zur großen Verwunderung der übrigen anwesenden Familienmitglieder wurde die Gesellschaft plötzlich ungeduldig munter und schwatzte — und Simpson erinnerte sich an nichts mehr, bis er erwachte und sich selbst auf dem Fußboden fand, umgeben von der aufgeregten und vollkommen bestürzten Familie. Neben ihm lag der eine seiner Assistenten bewußtlos und schnarchend, mit weit offenem Mund und starren Augen, und etwas weiter machte der andere verzweifelte Versuche, den Eßtisch umzuwerfen. Auch eine der anwesenden Damen, eine Nichte Simpons, erprobte das Chloroform am selben Abend, und die erste Frau, die der Chloroformbetäubung unterzogen wurde, fiel mit dem Fuß in Schlaf: „Ach bin ein Engel, ach, ich bin ein Engel!“

Simpson begriff sofort, daß das Chloroform viel schneller wirken müsse als Äther, und bereits am folgenden Tage begann er, es in seiner Praxis anzuwenden. Es ging hier, wie es stets mit großen Entdeckungen geht: es erhob sich ein starker Widerstand gegen das Chloroform. Zuerst von den Ärzten, die behaupteten, das neue Mittel gebe Anlaß zu Blutungen, Lungenentzündung, Geisteskrankheit und Schlaganfall! Simpson antwortete sehr überlegen: Als seinerzeit die Postbeförderung zwischen Edinburgh und London verbessert worden sei, so daß sich die Reisezeit von 14 auf 3 Tage verminderte, habe man auch behauptet, die Leute bekämen unterwegs Schlaganfälle wegen der großen Geschwindigkeit!

Die Wiederaufnahme der Arbeiten im Grabe Tut-anth-Amons. Spaward, der Assistent des verstorbenen Lord Carnarvon, hat sich durch die schriftlichen Zeichen der Pharaonentraße nicht abhalten

Was soll das bedeuten?

Ein Ausruf der deutschen Adelsgenossenschaft.

Das „Deutsche Adelsblatt“, Zeitschrift der Deutschen Adelsgenossenschaft für die Aufgaben des christlichen Adels, teilt in einem Ausruf mit, daß die Deutsche Adelsgenossenschaft den Vereinigten Vaterländischen Verbänden beigetreten ist. In dem Ausruf heißt es:

„Es gilt, unzweideutig Farbe zu bekennen, sich offen denen anzuschließen, die den Kampf gegen alle anti- und internationalen Richtungen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Eine beispiellose Risikowirtschaft hat uns in das Chaos hineingeführt. Mit der Erkenntnis dieser Tatsache muß auch der Wille geboren werden, dem jetzigen Stern den Krieg zu erklären und die Männer zu befehligen, die sich in unverantwortlicher Verblendung angemacht haben, uns Führer zu sein. Wie der Fluch großer Teile unseres Volkes schon jetzt auf jenen Novembertagen ruht, so wird die Zeit kommen, da die Verderblichkeit der Politik der jetzigen Ära vor aller Augen liegt. Wenn die Geschichte einst die Irrungen und Wirrungen dieser Tage in ihre Blätter schreibt, so soll sie dem deutschen Adel das Zeugnis ausstellen können, daß er unbestechlich und treu an Gott, seinem Kaiser und seinem großen deutschen Vaterlande festgehalten hat.“

Man ist daran gewöhnt, im „Deutschen Adelsblatt“ bei seinem Kampf gegen Reichspräsident, Reichsregierung und Landesregierungen eine Sprache zu finden, die es den kommunistischen Kräfteern würdig an die Seite stellt. Wenn aber die Adelsgenossenschaft durch ihr Publikationsorgan dazu auffordert läßt, „die Männer zu befehligen, die sich in unverantwortlicher Verblendung angemacht haben, uns Führer zu sein“, so erinnert das an die Hehe, die zu der Ermordung Erzbergers und Rathenaus und zu den anderen politischen Attentaten führte. Und das muß man sich im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verbitten.

Beamtenabbau und Rechtspflege.

Die Frage einer Verminderung des Richterpersonals im Rahmen des allgemeinen Beamtenabbaus wird auch nach der vorläufigen Rücknahme des diesbezüglichen Entwurfs einer preussischen Ausführungsvorschrift in kurzer Zeit spruchreif werden. Zu dieser Frage ist dem preussischen Staatsministerium und dem preussischen Justizminister vom Republikanischen Richterbund die folgende Erklärung übermittelt worden:

„Auch in der größten finanziellen Not des Staates muß die Unabhängigkeit der Rechtspflege erhalten bleiben. Die Unabhängigkeit des Richters ist nicht ein um seiner selbst willen ihm verliehenes Privileg, sondern eine Grundlage des Staates, die zu Einsparungsmaßnahmen nicht erschüttert werden darf. Der Richterstand darf weder der Gunst von Vorgesetzten noch irgendwelchen Auswahlinstanzen unterworfen sein, die unkontrollierbaren Einflüssen oder einseitiger Einstellung erliegen könnten. Wirklichen Sparsparfolg im Bereich der Rechtspflege verspricht nur eine organische und rationale Vereinfachung des deutschen Justizwesens überhaupt. Auch gleichwohl die Zahl der Richter in Preußen und in den anderen deutschen Ländern sofort mechanisch vermindert werden, so ist das allein geeignete Mittel, das zugleich die Unabhängigkeit der Rechtspflege wahrt, die durchgängige Einführung einer stark nach unten gezogenen richterlichen Altersgrenze.“

Die Regierungsfrage in Thüringen.

Weimar, 30. November. (WZ.) Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung stand als einziger Beratungsgegenstand die Regierungsbildung. Nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Tenner und dem Staatsminister Frölich wurde über einen Antrag der BVP, wonach zwei bisherige Minister, nämlich Staatsminister Frölich und Staatsminister Hermann das freigewordene Wirtschaftsministerium bzw. das Justizministerium mitübernehmen, abgestimmt. Der Antrag wurde mit 30 Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen 22 der BVP, abgelehnt. Abg. Hüfer (Landbund) stellte danach fest, daß die jetzige Regierung in ihrer Zusammen-

Das Märchen von der Valuta.

Von Wilhelm Lichtenberg.

Es gibt überhaupt keine schlechte Valuta! Die schlechte Valuta ist die böse Heze aus dem Märchen, mit dem man die bösen Kinder ängstigt und schreckt.

Denn: Kriecht du für deine schlechte Valuta was zu kaufen; Oder: Rechnen deine Lieferanten in einer schlechten Valuta? Nein! Nur dein Gehalt, deine Rente, den Zehnhonorar bekommst du in einer schlechten Valuta ausgezahlt. Aber auch das ist wieder Unsinn. Denn, da du für dein Gehalt, deine Rente, dein Zehnhonorar doch nichts zu kaufen kriegst, so ist die schlechte Valuta überhaupt keine Valuta. Und du kriegst in Wahrheit nichts in einer schlechten Valuta, sondern nur lächerlich wenig — allerdings in guter Valuta ausgezahlt. Du mußt nur umzurechnen verstehen! Und umrechnen — merke wohl! — das ist der Sinn des Lebens!

Du kaufst ein Pfund Zucker. Erstkristall. Was — schon so teuer? Und erklärst den letzten Kurs der Tschekenkrone. Na ja — Tropf! Weinst du, dein Kaufmann hätte in Tschekien einen Ausnahmefuß? Nein! Und hätte er ihn gestern, was brauchst dich heute zu kümmern?

Deine Hofe beginnt einem Emmothaler zu gleichen und dein Chef hat schon deutsche Anspielungen gemacht, daß er einen zermulmpen Angeestellten nicht gerne in seinem Bureau sieht. Dein Schneider nennt impertinent den Preis eines neuen Anzugs. Du willst ihm an die Gurgel springen! Er aber schleudert dir den heutigen Stand der englischen Pfundnote ins Angesicht! — und du resignierst! Daß man Tuche nötiger zu haben meint als deine Arbeit, gibt dir noch nicht das Recht, die Valuta eine schlechte zu schimpfen.

Ob du dir auf dein Brot einen Aufstrich gönnst oder ob du dir mal einen Käse leistest, ob deine Sohle defekt ist oder ob du endlich einmal haben mußt, ob du ein Kind bekommst oder jemand zu Grabe trägt, dein Hemd waschen oder dein Rasiermesser schärfen läßt, immer, immer wieder zahlst du doch nicht in schlechter, nein — in guter, in edelster Valuta!

Und doch gibt es ein dummes Schlagwort von einer schlechten Valuta. Und wir kennen alle und sehen uns bekümmert an, wenn wir die neuesten Preise hören: Ach Gott ja — unsere Valuta!

Stehst du — das ist Unsinn! Im Vertrauen gesagt — aber du mußt dich nicht beleidigt fühlen — eine „schlechte Valuta“ gibt es gar nicht! Es gibt nur Arbeit, die gut bezahlt wird, und solche, die heutzutage wenig wert ist. Und das Schlagwort von der schlechten Valuta ist nur eine Querebe uns gegenüber, für deren Arbeit man kein rechtes Interesse mehr hat. Gar so lächerlich wenig will man uns doch auch nicht auszahlen (das ist noch eine Schwere von früher her), also gibt man uns viele, viele Scheine in die Hand und stadt

lassen, die Ausgrabungsarbeiten in dem vielgenannten Königsgrab wieder aufzunehmen. Es bleibt noch viel zu tun in dieser pompösen Wohnung des toten Königs. Der englische Archäologe hat seine Forscherfähigkeit jetzt in dem eigentlichen Katastrophen ausgenutzt, der dem Pharos als Grabgewölbe diente. Nach den Zeichnungen eines im Turiner Museum befindlichen Papyrus ist es wahrscheinlich, daß dieses Riesengrab sich aus fünf ineinandergehenden Räumen zusammensetzt. In die Wände eingelassene Türen, die durch in Metallringen laufende Ketten abgeschlossen werden, gestalten, aus einem Raum in den anderen zu treten und auf diesen Wege bis zum Mittelpunkt der Grabkammer zu gelangen. Bis heute hat man sich damit begnügt, die erste Tür halb aufzumachen, und man konnte in dem zweiten Abschnitt durch den Türspalt hindurch hieroglyphische Aufzeichnungen und wunderbar schöne Figuren von Totengöttern erkennen. Man konnte gleichzeitig feststellen, daß in dem zwischen den beiden Vorzellen befindlichen Zwischenraum eine Menge kostbarer Gegenstände aufgespeichert ist. Man schließt daraus, daß man auch in den anderen Räumen auf reiche Funde von gleich großer Kostbarkeit rechnen darf. In diesem Katastrophenraum sah man u. a. einen großen vergoldeten und dekorierten Sargkasten, der mit wunderbaren Figuren von Totengöttern geschmückt ist und der vermutlich die kostbaren Gefäße enthält, in denen die Eingeweide des toten Pharos aufbewahrt werden. Ein anderer Sarg birgt den Sarg des Königs, der aus Straußenfedern besteht, die an einem kunstvoll ausgelegten Menschenhaare befestigt sind. Wenn alle diese Reichtümer erst zuwege gefördert und die fünf Türen des fünffachen Grabraums geöffnet worden sind, können noch mehrere Heiligtümer zu öffnen, die ineinandergehend sind, bevor man die in Leinwandbinden eingehüllte, mit Goldblättern und Edelsteinen bedeckte Mumie des Königs zu Gesicht bekommen wird. Erst dann wird Tut-anth-Amun, der Sohn Amenophis III., den flamenden Augen der Menschen seine Reichtümer und der Reue der Gelehrten seine letzten Geheimnisse enthüllen.

Die Sowjetregierung als Verlag. Der russische Staatsverlag hat in diesem Jahre eine sehr rührige Tätigkeit entwickelt. Wie im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ mitgeteilt wird, wurden vom 1. Januar bis 1. Oktober 1923 im ganzen 1514 Werke in fast 21 Millionen Exemplaren herausgebracht. Von diesen Werken sind 36 Proz. Schulbücher und 16 Proz. behandeln soziale Fragen und Volkswirtschaft. Während die monatliche Buchproduktion durchschnittlich etwa 30 Millionen Druckbogen umfaßt, betrug sie im August auf 42 Millionen. Im August und September bildeten die Schulbücher 70 Proz. der gesamten Erzeugung. Die Zahl der bis zum 1. Oktober herausgegebenen Schulbücher beläuft sich auf 14 Millionen Exemplare. Die 206 volkswirtschaftlichen Werke sind zum größten Teil umfangreiche Bücher, darunter die Gesamttausgaben der Schriften der Marxisten. Die Bücher des Sowjetverlags werden in Moskau gedruckt, wo alle Druckereien zu einem Trust vereinigt sind.

Melissa. Sonntag mittag 11^{1/2} Uhr veranstaltet die Große Volksoper eine Matinee im Theater des Reichens. — In der Jerusalemstraße veranstaltet Prof. Wolff Reimann (Doge) Sonntag, 6 Uhr, eine geistliche Abendmusik unter Mitwirkung von Dora Tusch. Eintritt frei.

fehlung dem § 71 der Verfassung widerspreche. Staatsminister Frölich erklärte, daß dies juristisch nicht feststehe. Die Sitzung wurde abgebrochen, um dem Verfassungskomitee Gelegenheit zu geben, Stellung zur Geschäftsfrage zu nehmen. Da im Verfassungskomitee eine Klärung nicht erreicht wurde, wurde die Sitzung nicht wieder eröffnet, sondern auf Freitag vormittag 11 Uhr zur Weiterberatung der Angelegenheit angesetzt.

Ist das möglich?

Die Freisprechung der Mörder des russischen Sowjetdelegierten Borowitski in Lausanne hat in Rußland eine Erregung hervorgerufen, die sich in einem Entschuldigungssturm der Presse äußert. Die Empörung über das Lausanner Urteil, das den weißgardistischen Mordmördern einen Freibrief ausstellt, ist begreiflich. Unbegreiflich aber erscheint es, wenn nun von Führern der russischen kommunistischen Partei und Vertretern der Sowjetregierung ein Beschluß eingeleitet wird, der darauf hinausläuft, die im vorigen Jahre in Moskau verurteilten 12 Mitglieder des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei, die von der Sowjetregierung als Geiseln betrachtet werden, wegen des Lausanner Urteils an die Wand stellen zu lassen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der Volkskommissar Stalin in einer Sitzung des Moskauer Kommunistischen Komitees in dem Sinne geäußert, daß die Sowjetregierung in der Lage sei, die in ihren Händen befindlichen Sozialrevolutionäre wegen der Ermordung Borowitski zur Verantwortung zu ziehen. Offizielle Äußerungen in der Pariser „Humanität“, des Zentralorgans der französischen kommunistischen Partei, bewegen sich in derselben Richtung. Es scheint also, daß man sich in maßgebenden kommunistischen Kreisen mit der Absicht trägt, wegen der Freisprechung der weißgardistischen Mörder vor einem bürgerlichen Geschworenengericht an den gefangenen Führern der Sozialrevolutionären Partei, die mit der Ermordung Borowitski auch nicht das geringste zu tun haben, Rache zu nehmen.

Wir sprechen dies alles nur als eine Vermutung aus. Denn obwohl wir hinsichtlich der Humanität der Moskauer Gewalttäter recht skeptisch sind, können wir nicht glauben, daß sie politisch so kurzfristig sein würden, einen neuen Akt der Dummheit an ihren politischen Gegnern zu begehen, der einen Sturm der Entrüstung in der ganzen Welt auslösen würde. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Sowjetregierung schleunigst von den Plänen absteht, die hinsichtlich der Sozialrevolutionäre in der kommunistischen Presse angebrochen werden.

Ein Abkommen der chemischen Industrie.

Mannheim, 29. November. (M.Z.) Zu dem zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen abgeschlossenen Abkommen teilt folgende mit:

Zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und der Interessengemeinschaft der deutschen Farbenfabriken im besetzten Gebiet ist am 10. November 1923 mit Wissen der deutschen Regierung ein vorläufiges Abkommen auf die Dauer von drei Monaten geschlossen worden. Den Anlaß zu dem Abkommen gab die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie finanziell außerstande sei, die Reparationslieferungen zu erfüllen, die ihr nach dem Vertrag von Versailles und gemäß den zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung später getroffenen Vereinbarungen obliegen. Auf Grund des getroffenen Abkommens übernimmt es die Interessengemeinschaft, die Reparationslieferungen, die nach dem Vertrag von Versailles und nach den Vereinbarungen zur Erfüllung des Vertrages an die in Betracht kommenden interalliierten Mächte zu leisten sind, zu erfüllen, ohne Bezahung dafür zu erhalten. Die von der Interalliierten Kommission in den Fabriken der Interessengemeinschaft beschlagnahmten Produkte bleiben im Besitz der Alliierten, ohne daß Beziehung in Anrechnung gebracht, die von den Interessengemeinschaft angehörigen Sachen geschuldet wird. Weitere Beschlagnahmen von Rohstoffen und Produkten sollen nicht stattfinden. Die Ein- und Ausfuhr unterliegt der Bewilligung durch die alliierten Behörden, gleichviel, ob es sich um Ausland oder unbesetztes Gebiet handelt. Die Interalliierte Kommission hat jedoch die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für die von der Interessengemeinschaft hergestellten Erzeugnisse in Aussicht gestellt.

Der Export ins Ausland und in das unbesetzte Deutschland ist für die Dauer des Abkommens in gewissem Umfang kontingentiert. Für die Ausfuhr ist ein Ausfuhrkontingent vereinbart worden, das im allgemeinen niedriger ist als der interalliierte Tarif. Die Interalliierte Kommission erklärt, die Wiederzulassung der für den Betrieb notwendigen Mitglieder des Personals in wohlwollendem Sinne zu prüfen.

Zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist am 24. November 1923 ein ähnliches vorläufiges Abkommen über die Lieferung von Düngestoffen getroffen worden. Es sieht im wesentlichen eine bestimmte prozentuale unentgeltliche Abgabe von der Produktion an Düngestoffe vor und sichert dagegen die Unterhaltung der Alliierten für die Wiederbetriebnahme und Aufrechterhaltung des Betriebes in Oppau. Die beschlagnahmten Düngestoffmengen bleiben im Besitz der Alliierten, ohne Bezahung zu werden. Es ist jedoch in Aussicht genommen, sie der deutschen Regierung auf Reparationskonto gutzuschreiben, und zum Ausdruck gebracht worden, daß weitere Beschlagnahmen weder an Roh- noch an Betriebsmaterialien, noch an Fertigprodukten stattfinden sollen. Die Ausfuhr sowohl nach dem Ausland, als nach dem unbesetzten Deutschland ist erlaubt, soweit das besetzte Gebiet genügend mit Düngestoffen versorgt ist. Für die Ausfuhr wird eine Abgabe auf die einzelnen Produkte erhoben, deren Höhe im allgemeinen niedriger gehalten sind. Die Einfuhr von Rohstoffen für die Fabrikation ist allgemein frei. Die Wiederzulassung der für den Betrieb nötigen Personals soll wohlwollend geprüft werden.

Deutschösterreichs Hilfe.

Seipel gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Im Finanzausschuß des deutschösterreichischen Nationalrats wurde über den Antrag des Genossen Seipel verhandelt, aus Staatsmitteln 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden Deutschlands zu bewilligen. Genosse Dr. Danneberg begründete diesen Antrag, der ein Akt nationaler Solidarität sei. Gegen den sozialdemokratischen Antrag sprach sich der Bundeskanzler Dr. Seipel aus, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß er mit den Grundfragen einer notwendig auf äußerste Sparsamkeit eingestellten Staatswirtschaft nicht zu vereinbaren sei. Im Einklang mit diesen Ausführungen des Bundeskanzlers brachte der großdeutsche Abg. Weber zusammen mit dem christlich-sozialen Abg. Dr. Ohdenot einen Antrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Hilfsorganisationen der Bevölkerung zu unterstützen und ihnen Erleichterungen zu gewähren. Der Tiroler Abg. Genosse Abram, vertrat nochmals unter Hinweis auf die Dankeschuld der österreichischen Bevölkerung an Deutschland den sozialdemokratischen Antrag und erklärte, die Sozialdemokraten legten Wert darauf, daß das deutsche Volk erfahre, daß Österreich ihm treu zur Seite stehe. Tragh des energischen Eintretens unserer Genossen wurde ihr Antrag mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt und mit derselben Stimmenzahl der Antrag der Großdeutschen und Christlichsozialen angenommen.

Was die Dezember-Miete bringt.

„Vergoldung“ durch die Grundvermögenssteuer.

Erfreulich an der behördlich festgesetzten festen Dezembermiete, die für den ganzen Monat am 1. fällig wird, ist nur der Umstand, daß sie zum erstenmal leicht zu errechnen ist. Da der Zuschlag für die Verwaltungskosten in einfachen Häusern auf die 25milliardenfache und der Zuschlag für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten durchweg auf die 75milliardenfache Grundmiete festgesetzt worden ist, so ist in einfachen Häusern, wie mitgeteilt, genau die 100milliardenfache Grundmiete als feste Miete zu zahlen. Die einfache Grundmiete, die der Vermieter außerdem (als Kapitalzins) rechtmäßig zu fordern hätte, wird wegen ihrer Berechnung nicht mehr erhoben. Bei 20 M. monatlicher Grundmiete sind also für Dezember genau 2 Billionen Papiermark zu zahlen.

Verwaltungs- und Betriebskosten.

Haben die Mieter die gesamte Hausreinigung übernommen, so zahlen sie für die Verwaltung nur eine 125milliardenfache Grundmiete, also im ganzen nur eine 875milliardenfache Grundmiete; haben sie dagegen nur die Treppeneinrichtung übernommen, so zahlen sie für die Verwaltung eine 15milliardenfache und im ganzen eine 990milliardenfache Grundmiete. Ist im Hause nur eine besondere Einrichtung im Betrieb (Sammelheizung, Warmwassererwärmung oder Fahrstuhl), so erhöht sich der Verwaltungskostenzuschlag und damit die feste Miete um eine 5milliardenfache Grundmiete; sind im Hause mehrere besondere Einrichtungen im Betrieb oder ist das Haus auch tagsüber verschlossen, so erhöht sich die Miete um eine 10milliardenfache Grundmiete.

Die steuerliche Zugabe.

Erhöht höher als die feste Miete sind die sogenannten Betriebskosten, zu denen jetzt als böse Zugabe die Steuer vom Grundvermögen tritt. Diese ist nämlich nicht, wie ihre Bezeichnung vermuten läßt, eine Vermögenssteuer, die den Hausbesitzer persönlich trifft, sondern sie ist nichts anderes als eine Grund- und Gebäudesteuer, die zu den Hauskosten gehört. Sie wird nach dem Wert des Grundstücks berechnet, ohne daß ein Abzug für Hypotheken- und andere Lasten zugelassen ist; infolgedessen zählt der völlig verschuldete Hausbesitzer genau soviel Grundvermögenssteuer wie der schulden-

freie bei gleichem Grundstückswert. Der preussische Staat erhebt seit dem 1. November die Grundvermögenssteuer in Gold, und zwar sind für je 1000 M. Grundstückswert monatlich 20 Goldpfennige zu zahlen. Hierzu tritt der Gemeindezuschlag, der bis zu 200 Prozent gehen kann, aber für Berlin zunächst nur auf 33 1/3 Prozent festgelegt worden ist. Bei einem Normalhaushalt ohne besondere Einrichtungen, dessen Wert genau eine 13fache Jahresmiete beträgt, beläuft sich die monatliche Grundvermögenssteuer einschließlich Gemeindezuschlag genau auf 4,8 Prozent der Friedensmiete oder 6 Prozent der Grundmiete. Bei einer Grundmiete von monatlich 20 M. hat also der Mieter für November und Dezember je 1,2 Billionen Mark Grundvermögenssteuer zu zahlen. Kleine Abweichungen sind dabei unausbleiblich, weil das Verhältnis zwischen Grundstückswert und Jahresmiete bei den einzelnen Häusern etwas schwankt.

Auf Goldrechnung.

Diese erhebliche Belastung der Mieter durch die Grundvermögenssteuer, verstärkt durch die Nachzahlung für November, wird noch fühlbarer durch die Umstellung auf fast alle anderen Betriebskosten auf die Goldrechnung, obwohl der weitaus größten Zahl der Mieter, durchweg aber den Lohn- und Gehaltsempfängern (von der ungeheuren Zahl der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozial- und Kleinrentner ganz zu schweigen) die Goldentnahmen fehlen. Die „Stabilisierung“ beginnt eben auf der ganzen Linie am verkehrten Ende, nämlich bei den Ausgaben, denen die Einnahmen bei weitem nicht folgen. Hier liegt die Wurzel der Verelendung der breiten Massen, auf die die Belastungen nur so herniederhagen, um die öffentlichen Haushalte mit allen Mitteln ins Gleichgewicht zu bringen; nur die vielen Einzelhaushalten werden dadurch immer mehr aus dem Gleichgewicht gebracht und ihre Beseitigung gelingt nur durch erzwungene Hungerluren. Wie da die Reichsregierung ihren Plan, in Kürze die Mieten wieder auf den Friedensstand zu bringen, noch aufrechtzuerhalten kann, das wird all denen ein Rätsel bleiben, die die Dinge nicht nur vom grünen Tisch aus sehen und nicht nur mit dem Rechenstift in der Hand Probleme lösen wollen.

Schließlich kann da nichts mehr herausgeholt werden, wo nichts mehr zu holen ist.

Verbrechen und Vererbung.

Zum Prozeß Rajort.

Es ist stets das gleiche trostlose Schauspiel. Sachverständige stellen im Gerichtssaal fest: die betreffenden Angeklagten konnten unter gegebenen Verhältnissen nicht anders handeln, als sie getan. Mit anderen Worten: die Vererbung, die Erziehung, das Milieu bestimmen in jedem Augenblick den Willen des Menschen. Trotzdem können die Sachverständigen, gebunden durch das unzulängliche Gesetz, die freie Willensbestimmung nicht verneinen. Die Geschworenen sprechen die naturlich Kranken schuldig, das Gericht verurteilt sie zum Gefängnis, zum Zuchthaus. Der Bürger kann nun ruhig schlafen bis zu dem Augenblick, wo der Justizhüter als „geheil“ entlassen ist, um ein neues noch schwereres Verbrechen zu begehen.

Im Falle Rajort-Hasse findet der Widerspruch dieser Verhältnisse, unter denen Angeklagte, geschädigte Bürger und Staat im gleichen Maße leiden, besonders grelle Beleuchtung. Hier handelt es sich um Sproßlinge gutsinnter Kreise. Soziales Elend, die nie versiegende Quelle der physischen und seelischen Entartung, spielen nicht mit. Mehr noch. Der Vater des Generalmajors war selbst Neurolog, ein Schwager ist es noch heute. Die Kinder erblich schwer belastet vaterlicher- und mütterlicherseits durch Geisteskrankheit und Trunksucht, finden trotzdem kein Verständnis für ihre Anlage und für die durch dieselbe notwendig gewordene Sondererziehung. Der Staat, der das größte Interesse an Unterbringung und Unschädlichmachung seiner geistig und moralisch minderwertigen Mitglieder hat, steht untätig dabei, anstatt mit Hilfe konsequenter und rücksichtslos durchgeführter Maßnahme und Fürsorge dem Bürger Sicherheit zu gewähren für Leben und Eigentum, dem Friskus und Steuerzahler Geld zu erpressen und dem nicht durch eigene Schuld Minderwertigen vor nutzlos grausamen Analen zu behüten. Der Sachverständige Dr. Bürger sagt mit Recht: Auf der Anlagebank sitzen Staat und Familie. Welcher Höhe auf Nassenhügeln (Eugenik). Der Generalmajor, selbst Sohn eines Neurologen, mußte als kaiserlicher Offizier wissen, daß er dem Staat gegenüber verpflichtet ist, auf Nachkommenhaftigkeit zu verzichten. Mit nichts: Er sieht die Vererbung seiner Tochter mit einem anderen kaiserlichen Offizier gern entgegen, und nur dessen Lungentranke schließt den Staat vor neuen hoffnungslosen Mitbürgern. Als wäre die Nachkommenhaftigkeit eines Lungentranken nicht weniger gefährlich als die von Trinken und Geisteskranken! Die Frage, ob der Staat das Recht und die Pflicht hat, in die Fortpflanzungsfähigkeit kranker Individuen einzugreifen oder nicht, ist nicht mehr ein rein theoretisches Problem. Und welche Ironie des Schicksals. Der Urgründer Rajorts, Bierbrauereibesitzer, die Nachkommen trunksüchtig, der Leuten begehrt samt seiner Frau unter dem Einfluß des Alkohol — so fehlte ihnen der Mut dazu — das Verbrechen. Der Bürger denkt nicht daran, daß der Alkohol oft sein Leben und Eigentum gefährdet.

Schließlich die Tragik des persönlichen Schicksals der Angeklagten. Es hat bei allen dreien, einschließlich des geisteskranken Paul Hesse, nicht an ehrlichen Versuchen gefehlt, sich rechtlich durchs Leben zu schlagen. Sie hätten nicht zu Verbrechen zu werden brauchen, wenn nicht die Unvernunft des Staates und der Familie sie dazu gemacht hätte. Die Waffen verzeihen in Elend. Die Entartung nimmt erschreckend zu. Verbrechen jagen an uns vorüber, eines grausamer als das andere. Die Gerichte sind überlastet, die Befängnisse überfüllt. Die wissenschaftliche Theorie darf an der Aufwärtsbewegung des Menschengeschlechts. Der Staat aber steht untätig dabei, als erstiere der Bürger für den Staat und nicht der Staat für die Bürger.

Die wertbeständigen Postwertzeichen.

Postsendungen die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen (1. Dezember) noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkzahlung nach dem Kennwert der Marken zu den wertbeständigen Sägen richtig freigegeben worden sind, werden solange nicht beanstandet, bevor diese Marken als ungültig erklärt worden sind. Wenn die verwendeten alten Marken nicht zur vollständigen Freimachung ausreichen, hat der Empfänger bei der Aushändigung noch das Eineinhalbfache des Preisbetrages, unter Aufrechnung auf volle 10 Rentenpfennig, zu entrichten. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden im allgemeinen um 12 Uhr die Briefkästen außergewöhnlich geleert. Später in die Briefkästen gelagte Sendungen unterliegen den neuen Gebührensätzen; doch werden Sendungen von Briefkästen, die nicht um Ritternacht geleert werden können, bei der ersten Leerung am 1. Dezember nicht als unzureichend freigegeben angesehen, wenn sie noch nach den niedrigeren Sätzen freigegeben sind. Die Gewicht- und Gebührensätze werden bei den Briefen im Orts- und Fernverkehr auf zwei (bis 20 Gramm) und über 20—500 Gramm beschränkt. Für Wertsendungen wird die Einschreibgebühr allgemein nicht mehr erhoben. Um den Betrieb und die Gebührenerhebung zu vereinfachen, sind zahlreiche Nebengebühren abgeschafft worden.

Senkung der Goldgrundpreise durch Rentenmark.

Das steigende Fortwachen und der erfreulichere größer werdende Umlauf der Rentenmark begannen jetzt eine sehr wohlwollende Wirkung auf die stark überhöhten Goldgrundpreise auszuüben. Be-

kannlich hat der Groß- und Kleinhandel bisher bei der Kalkulation der Waren eine sehr erhebliche Risikoprämie eingeleistet, die bei dem fast täglich wechselnden Stand der Papiermark nicht ganz unbedeutend war. Durch die Einnahmen von Rentenmark, die in steigendem Maße der Geschäftswelt zufließt, wird es möglich, diese Risikoprämie in demselben Maße, in dem die Rentenmark das Papiergeld ersetzt, abzubauen. Im Mehlhandel hat sich diese Erscheinung jetzt bereits so ausgewirkt, daß man schon in der kommenden Woche daran denken kann, für Berlin die Goldpreise für Mehl herabzusetzen, da die Landwirtschaft die Rentenmark gern annimmt und ihre Produkte entsprechend billiger verkauft. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich in der Tabakindustrie. Inländische Tabake werden gegen Rentenmarkzahlung fast um 40 Prozent billiger abgegeben als gegen Papiermark, und so ist es verständlich, daß der Kleinverkauf auch hier bestrebt ist, von den Käufern Festmark zu erhalten, um so durch Herabsetzung der Verkaufspreise den Umsatz zu heben. Es wäre wünschenswert, wenn die Rentenbank diesen sich jetzt zeigenden Erscheinungen durch verstärkte Ausgabe der Rentenmark Rechnung tragen würde.

Sadismus und Diebstahl.

Die Frau des Finanzmannes.

Ein psychologisch interessanter Diebstahlprozeß beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. Es handelt sich um die vielbesprochene Diebstahlsaffäre der Frau Lydia Dickmann, der Ehefrau eines angeblichen holländischen Großkaufmannes und Tochter einer angesehenen russischen Fürstin.

Das Ehepaar Dickmann lebte seit Jahren auf Reisen und tauchte von Zeit zu Zeit auch in Berlin auf. Dickmann galt als ein reicher internationaler Finanzmann. Ueberall, wo Frau Dickmann verkehrte, ereigneten sich Diebstähle von Brillanten und anderen wertvollen Dingen. Im Frühjahr dieses Jahres wohnte das Ehepaar wieder einmal im Zentralhotel und hatte sich mit einem ebenfall dort wohnenden Ehepaar Schinzel angefreundet. Eines Tages erzählte Frau Dickmann, daß ihr ein wertvoller Brillant in Hotel gestohlen worden sei. Frau Schinzel eilte nun auf ihr Zimmer, um nach ihrem Brillantenschmuck zu sehen und fand zu ihrem Entsetzen, daß er verschwunden war. Die holländische Kriminalpolizei schloß gegen Frau Dickmann Verdacht und nahm sie fest. Auf dem Wege zum Polizeipräsidium beobachteten die Beamten, daß Frau Dickmann sich auffällig an ihrer Toilette zu schaffen machte und dann die Hand zwischen die Polster der Autodroschke schob. Man griff zu und fand den vermissten Schmuck der Frau Schinzel. Bei den Ermittlungen im Polizeipräsidium stellte sich die überraschende Tatsache heraus, daß die Verhaftete, eine hübsche und sehr elegante Frau, eine gefährliche Diebin ist, auf deren Konto viele unaufgeklärte Diebstähle kommen. Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Wisberg ist die Angeklagte von Professor Dr. Stauch auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Nach seiner Ansicht ist die 26jährige Angeklagte eine sehr sensible Natur, hochgradig nervenschwach und hysterisch reizbar. Sie habe ihm geschildert, daß sie ein schmerzliches Vergnügen empfinde, wenn sie sehe, wie andere Menschen sich über den ihnen zugefügten Verlust der Kopf verbrähen. Diebstähle aus sadistischen Reaktionen seien immerhin selten, doch gehörten zu dieser Kategorie auch gewisse Warenhausdiebstähle. Nach den Aussagen der Frau habe die Angeklagte selbst keinerlei Vorliebe für Schmuck gehabt. Es liege hier also ein psychologisch sehr merkwürdiger Fall vor. Auch § 31 könne nicht Anwendung finden, wohl eher sei die Zurechnungsfähigkeit stark vermindert. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Verurteilung der Angeklagten wegen Diebstahls in drei Fällen und erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Demonstrationen oder Gefändel. Der unter dem Namen Dr. Frosch bekannte Mitarbeiter der „Welt am Montag“ teilt uns mit, daß er das in der heutigen Morgen Ausgabe mitgeleitete Erlebnis mit „demonstrierenden“ jungen Burken in der Leipziger Straße nicht gehabt habe. Es könne sich nur um eine Verwechslung handeln, oder aber es müsse sich jemand fälschlich seines Namens bedient haben.

In der Reichsbank erschossen. Gestern Abend hat sich infolge eigener Unachtsamkeit in der Dienstabteilung der Reichsbank, Jägerstr. 30/31, der 23 Jahre alte Reichsbankdiener Willy Borowski aus Lichtenberg erschossen. Er wollte seine Pistole auswechseln, wobei sich plötzlich ein Schuß löste und die Kugel ihm ins Herz drang, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Das Meer gibt seine Toten wieder. Auf der Insel Bellmorm sind von dem gesunkenen amerikanischen Biermischner Grace A. Bendleton 6 Leichen, auf der Hallig Hooge eine Leiche angetrieben worden. Zwei Tote wurden beerdigt, die anderen müssen noch rekonozitiert werden.

Eine edle Tat. Am Sonntag 25. November, abends gegen 9 Uhr, sprang von der Hohenzollernbrücke in Köln ein Mädchen in den Rhein. Ein britischer Soldat, dessen Name noch nicht feststeht, versuchte das Mädchen zu retten, wobei beide Personen ertrunken sind.

Gewerkschaftsbewegung

Der Personalabbau im Reich.

Wie die Zypress-Korrespondenz erfährt, sind vom Reichsfinanzminister den zuständigen Ressorts für die Durchführung des Personal- und Beamtenabbaues in den Staatsbetrieben u. a. folgende Richtlinien mitgeteilt worden:

Im Interesse einer schnellen und wirksamen Durchführung des Abbaues sollen zunächst möglichst sämtliche verheirateten weiblichen Beamten gekündigt werden. Nach der Abbaurechnung kann das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter jederzeit am 1. Verfalltag eines Monats zum Monatsende gekündigt werden, sofern nach dem Ermessen der Behörde die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten gesichert erscheint. Bei Anwendung dieser Vorschrift soll davon ausgegangen werden, daß allen verheirateten weiblichen Beamten im allgemeinen die wirtschaftliche Existenz durch die Heirat gesichert erscheint. Den verheirateten weiblichen Beamten soll aber Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern, wenn ihrer Auffassung nach ihre wirtschaftliche Versorgung durch die Heirat nicht gesichert ist. Die Entlassung darf nur aus Gründen erfolgen, die ausschließlich im Wölbau liegen; neue weibliche Kräfte dürfen nicht an Stelle der Entlassenen treten. Bis auf weiteres soll die Entlassung weiblicher Beamten an die Zustimmung des Finanzministers geknüpft werden.

Mit der Entlassung der Angestellten in den öffentlichen Betrieben soll, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort begonnen werden. Vor allem sollen die Angestellten zu entlassen sein, die durch vorhandene beamtete Kräfte ersetzt werden können. Was die Reihenfolge in der Entlassung zu erfolgen hat, betrifft, so sollen zunächst möglichst alle verheirateten weiblichen Angestellten gekündigt werden. Zurücknahme der Kündigung in ganz besonderen Ausnahmefällen ist zulässig, wenn nach dem Ermessen der obersten Reichsbehörde die wirtschaftliche Versorgung des verheirateten weiblichen Angestellten nicht gesichert erscheint. Im übrigen sind bei der Entlassung von Angestellten die Leistungen sowie die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse maßgebend. Angestellte, die Versorgungsansprüche haben, sollen möglichst in letzter Linie zu entlassen sein. Das Gesetz, das die Beschäftigung von Schmerzbekleideten vorzieht, soll auch für die im Reichsdienst beschäftigten Angestellten Geltung haben, und bei der Durchführung des Personalabbaues zur Anwendung kommen. Was die finanzielle Versorgung der zur Entlassung kommenden weiblichen Angestellten betrifft, so soll der obersten Reichsbehörde die Entscheidung überlassen werden, um eine Abfindung zu gewähren. Die Gewährung einer Abfindungsumme an verheiratete weibliche Angestellte soll grundsätzlich nicht in Frage kommen, doch sind auch hier Ausnahmen, die die oberste Reichsbehörde zu verfügen hat, zugelassen.

Die Richtlinien lassen fast jede Berücksichtigung der gegen die Abbaurechnung erhobenen Einwände unberücksichtigt. Insbesondere hält man sich nicht daran, daß die Angestellten „abzubauen“, obwohl dieses Vorgehen nicht mit den zweifellos notwendigen Sparmaßnahmen begründet werden kann. Es wird notwendig, daß sich der Reichstag unverzüglich mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Zur Frage des „Goldindex“.

Wir erhalten vom Reichsarbeitsministerium folgende Zuschrift: Im „Vormärts“ vom 27. November 1923 Nr. 455 wird ausgeführt, daß das Statistische Reichsamt „unter Anleitung von Dr. Brauns sich bisher bemüht habe, die Lebenshaltungskosten in Goldmark zu berechnen“ bzw., daß „dieser Arbeitgeberminister es verstanden habe, die Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten in Gold bisher zu verhindern“.

Dazu ist zu bemerken, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns persönlich zur Frage des „Goldindex“ bisher überhaupt noch nicht Stellung genommen hat.

Sachlich liegt die Angelegenheit folgendermaßen: Am 27. November hat im Statistischen Reichsamt mit der paritätischen Indekommission eine Besprechung der Frage stattgefunden. Dabei hat das Statistische Reichsamt dargelegt, daß es eine Umstellung des Index nicht eher als in etwa zwei Wochen für möglich hält. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei der augenblicklichen Preissteigerung der umlaufenden Zahlungsmittel sich die Umrechnungsbasis der sogenannten „Goldgrundpreise“ von Zahlungsmittel zu Zahlungsmittel, von Ort zu Ort, von Geschäft zu Geschäft ändere. Nicht derartige „Goldgrundpreise“, — die untereinander in keiner Weise vergleichbar sind — können also die Unterlage eines Index bilden, sondern nur Preise, die einheitlich die Kaufkraft eines bestimmten Zahlungsmittels wiedergeben. Dieses Zahlungsmittel war bisher die Papiermark. Es wird in wenigen Wochen die Rentenmark sein. Die Umstellung des Index auf Rentenmark muß also erfolgen, sobald die Erhebungsgemeinden in der Lage sind, die Warenpreise in Rentenmark anzugeben.

Diesen Argumenten haben sich weder die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums (die im übrigen durch keinerlei Instruktionen ihrer Minister gebunden waren) noch die übrigen Beteiligten entziehen können. Auch die Vertreter der Arbeitnehmer, die anfänglich einen sofortigen Übergang zu einem „Goldindex“ verlangt hatten, erklärten sich damit einverstanden, daß die Umstellung in den vom Statistischen Reichsamt vorgeschlagenen Zeitpunkt erfolgt. Ihr Wunsch, daß mit der Vorbereitung dieser Umstellung sofort begonnen werden solle, ist von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums nachdrücklich unterstützt worden. Entsprechende Erhebungen sind vom Statistischen Reichsamt eingeleitet.

Dazu haben wir zu bemerken, daß Dr. Brauns, wenn er zu der Frage des Goldindex „überhaupt noch nicht Stellung genommen hat“, während diese Frage bereits seit Wochen überreif ist, damit ganz im Sinne der Arbeitgeber gefordert hat. Schrieb doch der Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Reisinger, in der letzten Nummer des „Arbeitgeber“ ausdrücklich:

„Auch die Forderung der Gewerkschaften nach sofortiger Umstellung des amtlichen Lebensmittelindezes auf Gold verdient Beachtung. Es bleibt nur zu hoffen, daß die verantwortlichen Reichsbehörden sich der Tragweite einer

neuerlichen Unterwerfung der Festmark- und Rentenmarktarife unter den Lebenshaltungsindezes bewußt sind.“

Wenn man sich endlich am 27. November entschlossen hat, die Frage ernsthaft zu erwägen, dann eben hauptsächlich deshalb, weil mit der Einführung der Rentenmark eine Fortführung der Statistik in Papiermark in nächster Zeit nicht mehr möglich sein wird.

Sehr merkwürdig mußt jedoch der bei dieser Besprechung erhobene Einwand an, daß die verantraten oder berechneten Goldgrundpreise von Ort zu Ort, von Geschäft zu Geschäft verschieden seien. Diese Tatsache trifft auch auf die Papiermarkpreise zu. Nichts ist leichter, als auf Grund der letzten Dollarnote, die die Goldpreise des Kleinhandels zu berechnen.

Die Darstellung, aus der hervorzugehen scheint, als hätten sich die Arbeitnehmervertreter mit einer Umstellung auf Rentenmark (ein Wunsch der Unternehmer, die mit der Rentenmark ebenso spekulieren wollen wie mit der Papiermark) einverstanden erklärt, trifft nicht zu. Ihre Forderung auf Erhebung in Goldmark ist aufrechterhalten worden. Diese Erhebung soll auch versuchsweise erfolgen. Ueber die Veröffentlichung des Resultats soll jedoch erst in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden.

Feuerwehr und Beamtenabbau.

In den Versammlungen am Dienstag und Mittwoch, den 27. und 28. November, haben die sozialdemokratischen Feuerwehrmänner nach eingehenden Referaten der Genossen Reumann und Hermann zum Beamtenabbau und zur Arbeitszeit in folgender Entschließung Stellung genommen:

Die am 27. und 28. November versammelten Mitglieder der SPD der Feuerwehren Groß-Berlins erheben gegen die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung zur Herabminderung der Personalansätze des Reichs (Personalabbau-Verordnung) vom 27. Oktober 1923 Protest. Diese Verordnung weist große Härten gegen die Arbeitnehmer des Reichs, der Staaten und der Gemeinden auf und bildet in der Hand reaktionärer Vorgesetzter eine willkürliche Waffe zur Entfremdung Mißliebiger.

Die Versammelten danken der Partei, daß sie durch den Antrag auf Zurückziehung der Verordnung versucht, den notwendigen Abbau auf gefühlichem Wege und unter Wahrung der berechtigten Rechte und Interessen der Arbeitnehmer zu erreichen. Die Versammlung erwartet, daß die Partei und die freien Gewerkschaften ihre ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen.

Gegen etwa beabsichtigte Dienstverlängerungen bei der Feuerwehr zum Zweck der Verminderung des den Feuerschutz ausübenden Personals erwarten die Versammelten den schärfsten Widerstand unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten und -verwaltungen. Das Personal der Berufsfeuerwehren ist fest einzustellen, gegen derartige Bestrebungen alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden. Die Dienstzeit bei den Feuerwehren muß bei gleicher Würdigung der bestehenden Verhältnisse verkürzt werden, unter keinen Umständen kann an eine Verlängerung gedacht werden.

Die von der Regierung im Arbeitszeitgesetz vorgesehene Trennung der Arbeitszeit entspricht nicht dem Willen der unteren Beamtenschaft. Die verammelten Beamtenschaftsvertreter erklären in dem Vorhaben der Regierung keine Gewähr für die gedeihliche Entwicklung der gesamten Arbeiterschaft, zu der auch sie gehören und sich fühlen, und fordern deshalb von allen Genossen in leitenden Stellen, im bevorstehenden Kampf um die Arbeitszeit auch unsere Interessen wahrzunehmen.

Die „Goldlöhne“ der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe hatte die Funktionäre gestern abend nach dem Gewerkschaftshaus zusammenberufen.

Polenske vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband berichtete zunächst über die Lohnverhandlungen mit der Reichsregierung, die für Arbeiter und Beamte getrennt geführt wurden. Die noch einem sehr schlechten Berechnungsmodus in Goldmark festgesetzten Jahresgehälter seien gänzlich ungenügend, zumal in den unteren Gruppen. Die Spanne, die schon immer zwischen den einzelnen Gehältern ziemlich beträchtlich war, habe jetzt eine bedeutende ungerechte Erweiterung erfahren. Durch die Lohnverhältnisse in der Vormoche sei eine berechtigende Empörung hervorgerufen worden. Der Redner betonte, daß die Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung leider sehr unter dem Einfluß der Stabilisierung des Reichshaushalts gestanden hätten. Auch die Industriellen hätten ihren Einfluß geltend gemacht. Den äußersten minimalen Angeboten der Regierung mußte die Zustimmung erteilt werden. Die Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat hätten ebenfalls zu keinem positiven Ergebnis geführt. Auch hier sei eine unerträgliche Spanne zwischen den Löhnen der Handwerker, Angelernten und Ungelehrten vorhanden. Polenske hält, solange wir keine effektive Währungsreform haben, die Berechnung der Löhne und Gehälter nach den Lebenshaltungskosten für gerechtere. Falls auch erneute Verhandlungen zu keinem anderen Resultat führen, würden die Schlichtungsstellen angerufen. Gerade in der jetzigen Zeit wirtschaftlichen Niederganges sei es notwendig, die Organisation zu stärken.

Mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde die nachfolgende Resolution:

„Die am 29. November 1923 im Gewerkschaftshaus tagende Funktionärskonferenz des Lohnkartells der freien Gewerkschaften in den Berliner Gemeindebetrieben nimmt mit Enttäuschung Kenntnis vom Ergebnis der Lohnverhandlungen der Spitzenverbände mit der Regierung. Besonders aber wird protestiert gegen die unerträglich hohe Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen. Das Lohnkartell und die Tarifkommission werden beauftragt, alles zu unternehmen, um mit dem Magistrat zum Abschluß eines günstigeren Lohnes zu kommen.“

Die bösen Amsterdamer.

In der kommunistischen „Internationalen Streifenkorrespondenz“ vom 10. November heißt es in einem Artikel über „Die Einheitsfront Amsterdams-Roskau“:

„Die Vertreter der Amsterdamer Internationale klagen nach wie vor eine alte Zusammenarbeit mit der internationalen Bourgeoisie, wie wiederholt auf der letzten internationalen Arbeiterversammlung in Genf, wo, wie man uns versichert, d'Aragona als technischer Berater des „Arbeitervertreter“ Rossini, des Generalsekretärs der italienischen Verbände, fungierte. Dagegen hört man so gut wie gar nichts von ihrem Willen und ihrer Bereitschaft, mit dem revolutionären Teil der Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß d'Aragona in voller Uebereinstimmung mit der Leitung der italienischen Gewerkschaften abgelehnt hat, als technischer Berater an der Seite eines Mannes tätig zu sein, dessen Organisation nicht als Arbeiter-

organisation betrachtet werden kann. Durch die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Faschisten entgeht d'Aragona auch der Gefahr, mit Leuten wieder zusammenzutreffen, die einst zum revolutionären Teil der italienischen Arbeiterschaft gehörten und von denen d'Aragona und der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes als Reaktionen bezeichnet wurden.

Die Löhne im Saargebiet. Die Stundenlöhne der technischen Arbeiter in Saarbrücken werden ab 1. Dezember erhöht. Der Stundenlohn beträgt dann zwischen 1,74 und 2,66 Fr. Die Sozialzulagen betragen für Frauen pro Stunde 30 Ct. und für Kinder 15 Ct.

Internationale Sommerferien des IGB. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen im Jahre 1924 zwei internationale Sommerferien einzurichten, die eine vom 21. Juli bis 2. August in Schloß Schönbrunn bei Wien, die andere vom 18. bis 30. August in Rustin College Oxford. Beide Ferien sind in erster Linie für junge Leute bestimmt, die in der Arbeiterbewegung aktiv tätig sind. Meldungen werden bereits jetzt angenommen. Nähere Auskunft erteilt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, Bondelstraat.

Es soll bereits jetzt darauf hingewiesen werden, daß es trotz des internationalen Charakters der Sommerferien wünschenswert ist, daß diejenigen, die nach Schönbrunn gehen, einige Kenntnisse der deutschen Sprache und diejenigen, die Oxford besuchen, einige Kenntnisse der englischen Sprache mitbringen.

Einigungsverhandlungen im Wiener Metallzweig. Auf Veranlassung des Bundeskanzlers finden in Wien seit zwei Tagen Verhandlungen im Streik in der Metallindustrie statt. Die Verhandlungen mit dem Wiener Industrieverband und den Vertretern der Metallarbeiter und der Industrieangestellten wurden gestern im Bundeskanzleramt fortgesetzt. Eine Einigung wurde bisher nicht erzielt. Der Bundeskanzler hat jedoch nach neuerlicher Fühlungnahme mit beiden Parteien diese für heute vormittag abermals in das Bundeskanzleramt eingeladen.

Wirtschaft

Die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten.

Der Verfassungsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats erörterte am Donnerstag die von dem Abgeordneten Rißloff und Max Cohen aufgestellten Richtlinien für die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten und des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Nach den Richtlinien, die der Regierung als Material überwiesen wurden, sollen Wirtschaftsbereiche gebildet werden, wobei die Durchscheidung der politischen Grenzen möglichst zu vermeiden ist. In jedem Bezirkswirtschaftsrat muß die Gesamtwirtschaft des Bezirkes vertreten sein. Vorgesetzt sind auch Vertreter der Gemeinden, der Kommunen, der Beamten, Genossenschaften usw. Weiter sind die freien Berufe zu berücksichtigen, jedoch wird ein Bedürfnis nach Schaffung öffentlich-rechtlicher Berufsvertretungen für die freien Berufe verneint. Die Vertreter werden von den einzelnen Organisationen gewählt und bezahlt und sind jederzeit abberufbar. Der Bezirkswirtschaftsrat wählt einen Teil der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates. Ein endgültiger Beschluß über die Organisation ist nach Ansicht des Ausschusses erst möglich, wenn die Organisation der Sonderkommern für Handel und Industrie, Landwirtschaft, Handwerk usw. feststeht. Die Arbeitnehmer betonen die Notwendigkeit der Einrichtung von Bezirkswirtschaftsräten besonders deshalb, weil sie einen Einfluß auf die Handelskammern ausüben können.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat gliedert sich in drei Abteilungen. Die erste und zweite Abteilung umfassen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, während die dritte Abteilung durch die Vertreter von Interessengruppen gebildet wird. Zu ihr gehören auch die Vertreter der freien Berufe, der Genossenschaften, Beamten usw. Die Wahlen haben nach Bildung der Bezirkswirtschaftsräte durch diese und die Organisationen zu erfolgen, jedoch hat der Reichswirtschaftsrat nur ein Viertel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats zu wählen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen gleichmäßig vertreten sein. Die Regierung hat eine festgesetzte Zahl von Beobachtern zu ernennen. Die Gesamtzahl der Mitglieder darf nicht mehr als die Hälfte der gegenwärtigen Abgeordneten betragen. Die Forderung, den Reichswirtschaftsrat zu einer mitbeschließenden Gesetzgebungsammer zu machen, wird nicht erhoben.

Der Reichsbankausweis vom 7. November beweist die alte Binsenwahrheit, daß Hebel sich vor ihrem Ende am beständigsten auswirken. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 26,7 Trillionen auf 34,4 und der Rotenunters auf 16,7 Trillionen auf 19,2. Zahlenmäßig ist das die größte Steigerung der Ausweisung, die höchstens noch von den kommenden Novemberausweisen übertroffen werden kann. Allerdings umfaßt der Ausweis die Zeit, in der der Dollar von 72,5 auf 690 Milliarden heraufsteigt. Das ist dem Reich für seine Kreditnahme zugute zu halten. Trotzdem kann ihm nicht der Vorwurf erpart werden, durch Erhöhung der Schatzwechsel um 19,5 Trillionen auf 46,1 Trillionen vor Lorenz' Glück in kürzestem Maße die Möglichkeit ausgenutzt zu haben, sich durch Inflation des nötigen Geld zu beschaffen, während die unbedingt notwendige Anspannung der Steuerquellen vernachlässigt wurde. Interessant ist in dem vorliegenden Bankausweis die Inanspruchnahme der Darlehensstellen, die um 2,1 Trillionen auf 2,2 Trillionen stieg. Sie ist ein Beweis dafür, daß die Privatwirtschaft rege dabei ist, die nur zum Teil wertbefähigten Kredite aus den Darlehensstellen zum Schaben der Bank und des Reiches auszunutzen.

Sport.

Der Ringkampf im Walthof-Theater nahm am Dienstag seinen Fortgang. Anglo siegte über Urbanski. Polen durch Schiebergriff nach 16 Minuten. Gebhardt-Kaufmann siegte infolge Disqualifikation aus, als Sieger wurde Kornblum. Boba nach 50 Minuten Ringzeit erlitt. Im zweiten Entscheidungskampf Duthanen gegen Willing siegte ersterer in 49 Minuten. Gelangzeit über Willing. Mittwoch: Rananoff-Russland und Anglo rangen 25 Minuten unentschieden. Barlowki-Berlin siegte über Siegfried II. Norddeutschland in 16 Minuten durch Hüftschlage. Willing-Berlin mit Ruchonald-Schottland nach 17 Minuten durch Armzug auf beide Schultern. Am Donnerstag fand der Hauptentscheidungskampf Rananoff gegen Duthanen statt. Beide Gegner kamen auch in diesem Kampf, nach beiden Bemühungen eine Entscheidung herbeizuführen, nur zu einem Unentschieden nach 1 Stunde 15 Minuten. Willing-Berlin machte mit Dittmann-Berlin schnelle Arbeit, nach 8 Minuten brachte er ihn durch Ueberwurf auf die Matte. Uermann-Ragdeburg erlitt die Schulte nach 24, Minuten nach hohem Kampf durch Abfallgriff.

Beamtentisch Nr. 1011: Graf Winter; Wirtschaft: Arthur Seltrass; Gewerkschaftsbewegung: J. Schmeier; Feuerwehr: Dr. John Schönbauer; Polizei und Gendarmerie: Fritz Korbelt; Auswärtige: H. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vormärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vormärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin S.W. 68, Lindenstraße 8.

Bettwäsche
Wäschestoffe
Handtücher, Hemden, Damen,
Dienstl., Linnen,
Züchen, Intellin,
Bettdecken usw.
zu konkurrenzlos
billigsten Preisen
Wäschefabrik Einhorn
Buckh. Barndtstr. 31
(an d. Hermannstr.)

Preiswertes Angebot!
Engl. Leder-
Manchester-
Arbeits-
Gestricke
Hosen
Knaben-Stoff- u. Wasch-Auzüge
auch einzelne Knaben-Hosen
München-Gladbach-Hosen-Zentrale
N.W. 57, Beusselstr. 59, Blauer
Laden, am Ringbahnhof Beusselstr.
Fahrradverstellung
Ischias
in Witten, Gladbach,
Düsseldorf, Köln,
5-11, 14. Jahrg.

Zähne 1 und 2 Goldmark
Kronen u. Brückenarbeiten v. 3 Goldmark an. Weithende 3-Jahre-Garantie Teilzahlung gestattet. Zahnziehen bei Bestellung von Gebiß gratis.
ahn-Praxis Haivani
Danziger Straße 1 (Ecke Schönhauser Allee).
Vorzugiger 10 Prozent Rabatt!

Milliarden sparen Sie
bei ERICH SCHULZ
Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 223
an der Weichselstr.
Für den Winter: Strumpfwärens, Kindertrikots, Trikotsagen, Kindersweaters, Wollwaren, Damen-Schleppfer, Wolle, Nähwaren.
Marken-Zigaretten
Tabac, Zigarren
Garban, Jolepp, Quibria, Salem, Dato, Reventano, Comhantia, Tesoro und viele andere Marken weiß unser Tagespapier.
Tabac-Handlung H. Rosenberger,
Friedr. 31, am Kochhof, Tel. 1700, 1706

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maßanfertigung
Fr. E. Hungenberg,
Lützowstr. 31.
Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdörfer
Rosenhalders Str. 50.

Flatow, Betriebsrätegesetz
Neu! — 13. Auflage — 126—130000
Der unentbehrliche in der Praxis
Einfach und leicht der beste Kommentar
Broch. 3,20 Goldm., geb. 4,80 Goldm.
J. S. W. Dießelmann, S. m. b. H., 68, Lindenstr. 2